

# Wochenblatt

## Wilsdruff, Tharandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden. Amtsblatt

für das Königliche Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

N. 91.

Dienstag den 21. November

1871.

Am 13. December 1871 von Vormittags 9 Uhr an

sollen im hiesigen Gerichtsamtgebäude verschiedene alte Möbel, Sensen, Hacken, Gläser und Gefäße gegen sofortige baare Bezahlung versteigert werden.

Königliches Gerichtsamt Wilsdruff, den 18. November 1871.  
Leonhardi.

### Tagesgeschichte.

Dresden, 18. November. Der sächsische Landtag soll, wie das „Dresdner Journal“ meldet, zum 27. November einberufen werden.

Zum Köhlschenbrodaer Kirmesmontag wird, wie die „N. Z.“ berichtet, von Seiten des dortigen Männergesangsvereins „Liederkranz“ ein ganz besonderer musikalischer Genuß vorbereitet, der durch Mitwirkung des dort stets gern gehörten Wilsdruffer Stadtmusikchor in der Bahnhofsrestauration etwas Ausgezeichnetes verheißt; es ist ein großes Vocal- und Instrumental-Concert, bei welchem durch das Zusammenwirken von Gesang und vollständig besetztem Orchester die aufgebotenen schätzenswerthen Kräfte gewiß Jedermann vollständig befriedigen werden. Bereits am 16. d. M. debütierte das Wilsdruffer Stadtmusikchor gelegentlich eines vom gedachten „Liederkranz“ veranstalteten Ballfestes, da nun überdies auch bei bevorstehender Musikaufführung der theilweise Ertrag einem guten Zweck dienen soll, so wird eine lebhaftere Theilnahme um so weniger mangeln.

Dschaz, 14. Nov. Das „L. Z.“ meldet: Vorgestern ereignete sich hier das Unglück, daß ein 21 Jahre alter Schuhmachergehilfe beim Turnen von der Reckstange stürzte und bald darauf an den erlittenen Verletzungen starb.

Ueber die Thätigkeit des Reichstages äußert sich die offizielle „Prov.-Corr.“ wie folgt: Der Reichstag hat seine Beratungen in fast täglichen öffentlichen Sitzungen sowie in zahlreichen Commissions-Sitzungen eifrig fortgesetzt und neben andern Gesetzesentwürfen einen Theil des Reichshaushaltes erledigt. Ferner ist die Vorlage wegen Ausprägung von Goldmünzen in erster Lesung beraten worden. Da sich im Wesentlichen eine erfreuliche Uebereinstimmung mit den Grundlagen des Entwurfs herausstellte, so hat der Reichstag darauf verzichtet, denselben behufs näherer Berathung erst einer Commission zu überweisen. Die zweite Lesung wird alsbald im Hause selbst stattfinden. Der ganze Verlauf der ersten Berathung hat die von dem Finanzminister Camphausen ausgesprochene Ansicht bestätigt: „Mir gewährt es große Freude, daß je länger mich diese Fragen bewegen, desto mehr sich bei mir die Ueberzeugung festgesetzt hat, daß der kühne Wurf, den wir unternehmen wollen, gelingen wird. Es ist ganz richtig, der Moment für die gewaltige Reform, die Deutschland ins Auge faßt, war nie so günstig und kann nie wieder so günstig sein. Alle praktischen Männer erwarten darum mit Ungeduld den Augenblick, wo sie mit der Ausführung beginnen können.“ Der Reichstag hat ferner einige wichtige Anträge von Mitgliedern beraten, zunächst einen Antrag wegen baldiger Wiederstattung der von den Communalverbänden für die Unterhaltung der Familien der Landwehrmänner und Reservisten gemachten Ausgaben. Der Präfect des Reichskanzleramtes stellte die Bereitwilligkeit der verbündeten Regierungen für die Erfüllung dieses Antrages in Aussicht. Ein anderer Antrag, welcher die Zustimmung des Reichstages fand, ist auf eine bedeutsame Erweiterung des Bereichs der Reichsgesetzgebung gerichtet, indem die Hineinziehung des gesammten bürgerlichen Rechts, des Strafrechts und des gerichtlichen Verfahrens, einschließlich der Gerichtsorganisation in die gemeinsame Gesetzgebung des Reichs beantragt wird. Obwohl der Reichstag noch umfassende Aufgaben zu bewältigen hat, so hofft man doch, daß die dringendsten derselben, namentlich die Münzvorlage und der Reichshaushalt, bis zum Ablauf der kommenden Woche erledigt sein werden.

Wie es scheint, dürfen wir die sympathischen Züge der vielen deutschen Fürsten und Herren noch nicht ganz vergessen, denn wenn es auch nächstens eine Reichsmünze giebt, so werden doch

die Bildnisse der einzelnen Landesherren darauf nicht fehlen. Zwar wurde im Reichstag der Anlauf genommen, nur das Bildniß des Kaisers auf allen Reichsmünzen gelten zu lassen, allein der bayrische Finanzminister gab seinem bekümmerten Herzen einen so flehentlichen Ausdruck, an der im Bundesrath vereinbarten Bestimmung über die Münzhöhe der Landesherren nicht zu rütteln, daß eine menschliche Nahrung das Haus ergriff, in Folge deren die Besorgniß schwand, die gekrönten Häupter möchten fallen.

Wie die holde Jugend in den Flegeljahren, so Bebel im Reichstag: er kann das Scandalmachen nicht lassen. Vielleicht war es kürzlich nicht ganz correct gewesen vom Präsidenten, ihm das Wort zu entziehen, verdient hatte er aber diese Strafe, und es ist ihm gegangen wie ungezogenen Kindern, die manchmal eine derbe Züchtigung erfahren in dem Augenblick, wo sie es gerade weniger, wohl aber wegen vieler vorangegangener, langmüthig nachgesehener Unarten verdienen. Dem Abg. Lascher aber scheint er es am wenigsten verzeihen zu können, daß er damals gefaßt und schlagfertig der rohen Gewalt entgegnete. Um so bedauerlicher ist es, daß jetzt Lascher selbst durch eine nachträgliche Correctur in seiner letzten Rede dem Socialdemokraten Anlaß zu einer Beschwerde gegeben hat. Er fand damit auch Gehör bei dem Vicepräsidenten Hohenlohe, und Lascher selbst entschuldigte sich in angemessener Weise, so daß Bebel hätte zufrieden sein müssen. Statt dessen aber erging er sich wieder in den stärksten Beleidigungen, bis schließlich das ganze Haus sich offen gegen ihn auflehnte und durch sein lautes Mißfallen den Scandalmacher zum Schweigen brachte. Ist vor der Thüre nicht auch noch Plag? —

Die Pocken-Epidemie ist in Berlin noch in steter Zunahme begriffen. Die Zahl der Todesfälle betrug in den letzten Wochen 120, 161 und 145. Seit Anfang d. J. sind 9000 Personen in Berlin zum Olyer gefallen, also mehr als 1 pSt. der Bevölkerung, und um  $\frac{1}{2}$  mehr als Berlin jährlich Mannschafft zur Armee stellt, da in jedem Jahre nur 6000 Berliner zu den Fahnen berufen werden.

Die Einverleibung von Kurhessen in den preussischen Staat wird in nächster Zeit noch ein interessantes Nachspiel zur Folge haben. Bekanntlich wurde das Haus-Hideicommiss-Bermögen, welches dem jedesmaligen Regenten von Hessen-Kassel zum Nießbrauch überlassen war, und dessen Rente sich ungefähr jährlich auf 350,000 Thlr. belief, von der preuß. Regierung „zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Kurfürsten und seiner Agenten“ mit Beschlag belegt. Da nun aber dieses Bermögen dem ganzen Hause Hessen-Kassel gehört und die Verwandten des Kurfürsten, die darauf Anspruch machen, niemals gegen Preußen etwas unternommen haben, so werden diese den Rechtsweg betreten, um den ihnen zukommenden Theil des Bermögens von Preußen herauszuklagen.

Dem „Nürnb. Anz.“ entnehmen wir folgende charakteristische, unsere Zeit mit ihren Bewegungen und namentlich die Zustände katholischer Länder trefflich schildernde Parodie auf die Jesuiten:

Offener Brief. Sehr geehrter Herr Pfarrer! Ich komme mir vor wie der heidnische Dichter Ovidius, von dem mir neulich mein Eduardchen erzählte. Auch ich kann nichts als Klagebriefe schreiben. Welche Schmerzen hat mein armes Herz in der letzten Zeit wieder erduldet! Fast alle Tage glauben die gottlosen Menschen ihre vaterländische Gesinnung bethätigen zu müssen. Bald ist es der Jahrestag einer der vorigjährigen Unglückschlachten, bald der Einzug der Artillerie, die an der Loire mit den frommen Schützern des heiligen Vaters so unchristlich umgegangen ist, was ihnen Vor-